

---

## **Perspektiven auf die Deutschland- und Europastudien in Japan** — aus der Sicht eines jungen Kant-Forschers

---

Takuya Saito

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, Ihnen heute über meine Erfahrungen und meine Arbeit im Rahmen des DESK-Symposiums berichten zu können. Für diese Gelegenheit möchte ich Ihnen allen, insbesondere jedoch Herrn Professor Ishida herzlich danken. Während meines gesamten Studienverlaufs an der Universität Tokyo wurde ich durch das DESK-Programm immer wieder unterstützt und in meiner wissenschaftlichen Arbeit angeregt und gefördert. DESK bot mir als Studenten und später als Doktoranden immer wieder die Möglichkeit, meine Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften und Symposien zu erweitern und zu vertiefen. Die Unterstützung beschränkte sich jedoch nicht nur auf die verschiedenen Lehr- und Studienangebote, sondern umfasste ebenso eine breite finanzielle und organisatorische Unterstützung. Durch die Teilnahme an den Veranstaltungen und nicht zuletzt durch die vielen neuen Kontakte mit Studenten, Doktoranden und Lehrern eröffneten sich mir immer wieder neue und wichtige Perspektiven auf meine wissenschaftliche Arbeit.

Ich bin Doktorand hier in Komaba und beschäftige mich mit der ideengeschichtlichen Forschung. Das Thema meiner Dissertation ist die Rekonstruktion und Analyse des politischen Denkens von Immanuel Kant, insbesondere in Bezug auf seine Konzeption der „bürgerlichen Gesellschaft“. In Zusammenhang mit diesem Thema meiner Dissertation nehme ich auch am gemeinsamen Programm zwischen Halle und Komaba teil. Dieses Programm ist ein Forschungs- und Studienprojekt. Das Forschungsprogramm beschäftigt sich in fünf Schwerpunkten mit dem Thema „Wandel der Bürgergesellschaft“: 1. „Begriffsgeschichte“, 2. „Akteuren und Selbstorganisation“, 3. „Bürger-Staat-Beziehungen“, 4. „Bürgergesellschaft in transnationalen Bezügen“ und 5. „Gegenbewegungen zur Bürgergesellschaft“. Im Rahmen dieses internationalen Graduiertenkollegs „Formenwandel der Bürgergesellschaft“ hatte ich die Möglichkeit, zusammen mit deutschen Kollegiaten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu studieren. Insgesamt zwei Mal konnte ich jeweils für mehrere Monate in Halle forschen, das erste Mal von September 2007 bis Februar 2009 und das zweite Mal von September 2009 bis März 2010.

Ich möchte Ihnen hier zunächst einen kurzen Überblick über den derzeitigen Forschungsstand zu meinem Thema geben. Anschließend möchte ich der Frage nachgehen, welche neuen Perspektiven sich aus der Erfahrung meiner Forschungsaufenthalte in Deutschland ergeben haben – vor allem im Hinblick auf die Deutschland- und

Europastudien in Japan.

## **1. Die ideengeschichtliche Forschung des politischen Denkens Kants in Japan**

Im Zentrum meiner Forschungsarbeit steht die Frage, wie Kant die „bürgerliche Gesellschaft“ als eine spezifische Form des Zusammenlebens oder der Vergesellschaftung beschreibt und interpretiert.

Diese Fragestellung ist in der internationalen Kantforschung noch relativ „jung“. Erst im 20. Jh. begannen Kantforscher, sich im deutschsprachigen Raum mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Auch in Japan lassen sich Forscher – wie beispielsweise Sanjuro Tomonaga – anführen, die sich zu Beginn des 20. Jahrhundert – hier vor allem im Kontext des Neukantianismus – mit diesem Forschungsproblem beschäftigt haben. Doch erst nach dem Zweiten Weltkrieg setzt in Japan eine systematische Auseinandersetzung mit dieser Frage ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die sogenannte „Gesellschaftsvertragstheorie“ als Theorie des demokratischen Prinzips des modernen Nationalstaates ein weites Interesse erweckt. In Zusammenhang mit den Denkern in dieser Denklinie wie Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau haben die Forscher auch Kant wieder „entdeckt“. Im Nachdenken über die Erfahrungen vor und in der Kriegszeit wurde es als praktische Aufgabe vollzogen, ein Modell der demokratischen „Gesellschaftsvertragstheorie“ auszuarbeiten. Aus den Theorien von Hobbes, Locke, Rousseau und Kant wurde ein Modell der Integration des Volks zu einer „bürgerlichen Gesellschaft“ als politischer Gesellschaft bzw. Staat entwickelt. Dieses Modell stellt die Willkürlichkeit der vorgegebenen politischen Verfassung in Frage und ermöglicht die Vorstellung einer demokratischen Staatserrichtung, welche sich nur durch den Vertrag des Volks legitimieren lässt. Das ist in Japan ein Paradigma geworden, nach welchem die Ideengeschichte von Europa in der Neuzeit zu verstehen ist.

Kant wurde in diesem Denkstrom vor allen von Rousseau beeinflusst. Das Verhältnis Kants zu Rousseau bleibt jedoch ambivalent. Kant nimmt zwar zentrale Begriffe wie „Sozialvertrag“ und „Republik“ im Sinne von Rousseau in seine Argumentation auf, aber man findet auch große Unterschiede zwischen Kant und Rousseau. Erstens lässt sich für Kant, im Unterschied zu Rousseau, der bestehende Staat (auch als gedachter Unrechtsstaat) nicht durch eine Revolution verändern. Für Kant ist diese Folgerung logisch unvermeidbar, da das Recht als Recht nicht verletzt werden darf. Zweitens deutet Kant den „Sozialvertrag“ von Rousseau um. Kant zufolge kann man nicht annehmen, dass dieser Vertrag in der Vergangenheit faktisch abgeschlossen worden sei und so den bestehenden Staat quasi aus der Geschichte heraus legitimiere. Vielmehr stellt die Idee des „Gesellschaftsvertrags“ bei Kant eine *regulative* Idee dar, deren Inhalt sich erst durch zukünftige Reformen verwirklichen lässt.

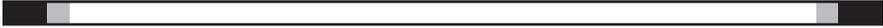
In der Genealogie der Gesellschaftsvertragstheorie wurde Kants Interpretation des Gesellschaftsvertrags als einer Idee vom Recht der Menschheit hoch geschätzt. Zugleich wurde jedoch Kants kategorische Ablehnung des Rechts auf den Widerstand stark kritisiert. Diese Ablehnung war für viele Forscher nicht tragbar. Auffällig ist, dass sich in jüngster Zeit nur wenige japanische Forscher mit dieser Problematik beschäftigt haben.

## **2. Die Erfahrungen in Deutschland und die Perspektive auf die Zukunft**

Es scheint mir insbesondere problematisch, Kants kategorische Ablehnung des Widerstandsrechtes als eine Art Zugeständnis an die herrschende politische Macht seiner Zeit zu verstehen. Die Ablehnung eines Widerstandsrechtes ist vielmehr vor dem Hintergrund der Unterscheidung von Revolution und Reform zu sehen. Die Entwicklung bzw. den Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft sieht Kant vor allem in der Ermöglichung und Sicherung einer allmählichen Reform. Revolution und Widerstand jedoch können diese Reform gefährden oder gar verhindern. Entscheidend ist für Kant hingegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, als einziges „Palladium der Volksrechte“, ein Recht, welches explizit die Kritik an der bestehenden Regierung (nicht jedoch den Widerstand gegen sie) einschließt. Es ist eben jene Möglichkeit zur Kritik, jene bürgerliche Öffentlichkeit, welche die Grundlage für eine Reform hin zu einer idealen „bürgerlichen Gesellschaft“ schafft, indem sie Regierung und Herrschaft ermöglicht, sich entsprechend dieser Öffentlichkeit zu orientieren und zu reformieren. Dieser Zusammenhang zwischen Ablehnung von Widerstand und Ermöglichung von Kritik als Grundlage für diese Reform gilt es in der Forschung besonders zu berücksichtigen.

Für meine Forschung erwies sich insbesondere die begriffsgeschichtliche Forschung, die einen zentralen Bestandteil des IGKs bildet, als hilfreich bei der Entwicklung neuer Forschungsperspektiven. Die einschlägigen Arbeiten Manfred Riedels zur „Semantik der Bürgergesellschaft“ liegen bereits seit 1990 in japanischer Übersetzung vor. Ausgehend von diesen grundlegenden Überlegungen Riedels konnte ich meine Kenntnisse der Methode, während meines Aufenthaltes in Halle, gemeinsam mit den deutschen Kollegiaten erweitern und vertiefen. Diese systematische Auseinandersetzung mit der begriffsanalytischen Methodik ermöglichte es mir, die zentralen Begriffe der Kantschen Terminologie – wie „Reform“ oder „Aufklärung“ - sowohl in ihren synchronen als auch in ihren diachronen Dimensionen besser zu verstehen.

Entscheidend ist für mich, dass mir die Methode der Begriffsgeschichte die Möglichkeit gibt, mich von der gewohnten Perspektive der Gesellschaftsvertragstheorie zu lösen und dadurch neue Perspektive auf die Problematik der „bürgerlichen Gesellschaft“ bei Kant zu gewinnen. In meiner künftigen Arbeit möchte ich weiter über die Konzeption der „bürgerlichen Gesellschaft“ bei Kant forschen und dadurch einen Beitrag zu der ideengeschichtlichen



Kantforschung leisten.

Schließlich scheint es mir sehr wichtig, Forschungsergebnisse fremdsprachig zu äußern und darüber zusammen zu diskutieren. Durch die Teilnahme an den Programmen von DESK und IGK konnte ich neue Perspektiven gewinnen. In Zukunft möchte ich über meine Forschungsergebnisse weiter in Fremdsprachen referieren und mit anderen Forschern Meinungen austauschen, wie ich es im IGK gemacht habe. Dabei wäre es allerdings auch wichtig zu reflektieren, wie in Japan Kant gelesen und akzeptiert wurde. So ließen sich beispielsweise die je unterschiedlichen Perspektiven und Orientierungen der jeweiligen Forschungstraditionen miteinander vergleichen. Ein solcher Vergleich kann im Idealfall ein wechselseitig vertiefendes Verständnis fördern, zwingt es doch die je eigene Perspektive immer wieder zu reflektieren. Dieser Gewinn einer vergleichenden Analyse kann verloren gehen, wenn man konsequent einsprachig arbeitet. Darum sehe ich gerade in der bewussten Entscheidung für die Mehrsprachigkeit ein innovatives Potential für die Zukunft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!